

Die Fraktion DIE LINKE. im Kreistag informiert über die vergangene Sitzung

EDITORIAL

Die Sitzung vor der Sommerpause war noch einmal geprägt von den Anträgen unserer Gruppe. Wie gewohnt berichten wir an dieser Stelle über die Debatte darüber. Aber auch wenn Vorschläge gemacht wurden, über die sich eine Diskussion eigentlich erübrigt, muss doch immer bedacht werden: Wenn diese nicht unter dem richtigen Briefkopf stehen, ist es schwierig, mit Sachargumenten zu überzeugen.

Fraktion DIE LINKE. im Kreistag
Kreishaus, Zi. 66
Reinhäuser Landstr. 4
37083 Göttingen
Tel 05 51-525 108

dielinke@landkreisgoettingen.de
dielinke-goettingen.de/kreistag

TOP 7 – Freies WLAN für Besucher von Einrichtungen des Landkreises

Nicht nur im Neuen Rathaus, auch in vielen kleinen Straßencafés kann man es nutzen: Freies WLAN für alle Besucher. In den Einrichtungen des Landkreises, insbesondere im Kreishaus selbst, sieht das aber ganz anders aus. WLAN gibt es hier nur für Mitarbeiter und Abgeordnete – vorausgesetzt, es funktioniert. Aber nicht einmal Referenten, die von den Fraktionen eingeladen werden, können bisher darauf zugreifen. Unsere Gruppenvertreterin Rieke Wolters wies dementsprechend darauf hin, dass sich der Landkreis mit der Umsetzung unseres Vorschlags endlich auf das Niveau eines Fast-Food-Restaurants in Neu-Delhi begeben würde. Die Redner der anderen Fraktionen begrüßten unseren Vorschlag und bezeichneten das Vorhaben als Selbstverständlichkeit, die es eigentlich längst geben müsste. Der Antrag wurde dann in den Fachausschuss überwiesen, wobei einzig der SPD-Abgeordnete Aue gegen dieses in der Geschäftsordnung vorgesehene Verfahren stimmte.

TOP 8 – Demografischen Wandel gestalten

Unsere Redner Eckhard Fascher und Hans-G. Schwedhelm wiesen in der Debatte noch einmal darauf hin, dass es sich bei den Vorschlägen in unserem Antrag um Ideen handele, die auch in den Programmen der anderen Parteien zu finden seien. Zudem erlaube die Haushaltslage eine zügige Umsetzung unserer Anregungen. Die Aufgabe, den demografischen Wandel zu gestalten, werde schließlich auf der Ebene des Landkreises wahrgenommen und die erforderlichen Kompetenzen seien hier bereits vorhanden. Die Arbeit der Demografie-Beauftragten wurde dabei positiv hervorgehoben. Grünen-Fraktionschef Worbes hatte aber wohl nicht richtig zugehört und drosch mit seinem inzwischen gewohnten pawlowschen Beißreflex wieder einmal auf den Abgeordneten Schwedhelm ein. In seiner hilflosen Argumentation redete er irgendwas von Wahlkampf und behauptete, es sei gar kein Geld vorhanden, obwohl er sich doch sonst immer ob der guten Finanzlage selbst auf die Schulter klopft. Die CDU wiederum würde all diese Aufgaben lieber den Gemeinden überlassen und verwies im Übrigen auf die Haushaltsberatungen. FWLG-Rednerin Rüngeling wies aber in diesem Zusammenhang darauf hin, dass das regionale Raumordnungsprogramm kaum noch Entwicklungsmöglichkeiten zulasse. Eckhard Fascher rechnet jedenfalls damit, dass die Mehrheitsgruppe die Inhalte unseres Antrages nach einiger Zeit selbst übernehmen werde. Diesmal gab es aber die erwartete Ablehnung ohne dass zuvor Änderungen beantragt worden waren.

TOP 14 – Keine Abschiebung nach Afghanistan

Die von uns beantragte Resolution beinhaltete die Forderung, angesichts der katastrophalen Sicherheitslage in Afghanistan keine Abschiebungen dorthin durchzuführen. Die Beratung zu diesem Antrag wurde aber frech von der Tagesordnung abgesetzt, wie es der Kreisausschuss tags zuvor – ausgerechnet am „Tag der Flüchtlinge“ – vorgeschlagen hatte. Ohne Worte, könnte man fast sagen. Gleichwohl begründete Mohan Ramaswamy für unsere Gruppe Unverständnis über diese Vorgehensweise. Der Kreistag vertrete die Interessen der im Landkreis lebenden Menschen. Dazu gehören nun einmal auch Menschen, die aus Afghanistan zu uns gekommen sind.

TOP 19 – Lernort für Erinnerung und Demokratie

Die Mehrheit im Kreistag hat den von unserer Gruppe eingebrachten Antrag zur Einrichtung eines Lernortes für Demokratie abgelehnt. Das Besondere daran ist, dass der betreffende Antrag eine Übernahme eines Antrages der Fraktionen von SPD und Grünen in der Region Hannover ist. „In einer Zeit, da die demokratischen Institutionen in Gefahr sind, ist es wichtig hier offensiv für Demokratie einzutreten und Lernorte zu schaffen, die das ermöglichen“, sagte Konrad Kelm dazu bereits im Kulturausschuss. Die anderen Fraktionen fanden unserem Antrag theoretisch ganz prima, vermischten den beantragten Lernort mit der Zwangsarbeiter-Ausstellung und extrahierten daraus ihre Begründung, unserem Vorschlag nicht zuzustimmen.

TOP 23 – 50 Flüchtlinge aus griechischen Camps in den Landkreis Göttingen!

Angesichts der bekannten Zustände in den griechischen Lagern konnten wir eine Zustimmung zu unserem Antrag eigentlich nur für selbstverständlich halten. Unterstützung erhielten wir dabei auch aus der FDP. SPD und CDU pochten dagegen auf die „Einhaltung“ nicht näher erläuteter „Regeln“. Die „europäischen Beschlüsse“ seien umzusetzen. Die Ablehnung, ein Zeichen für Menschlichkeit zu setzen, hätte nicht dürfziger sein können. Peinlich.

TOP 31 – Das AKW Grohnde abschalten

Gegen Ende der Sitzung hellte der Horizont sich dann noch einmal auf, denn der Weiterbetrieb der alten Kiste in Grohnde hat nicht mehr viele Freunde. Unser Antrag wurde mehrheitlich angenommen. Allein die CDU musste nochmal meckern, es handele sich um einen „Schaufenster-Antrag“, denn der Atomausstieg sei schließlich gesellschaftlicher Konsens. Wenigstens das haben sie endlich begriffen.